

Dresden fordert digitale Wende: Verwaltung der Zukunft jetzt gestalten!

Dresden diskutiert am 26.06.2025 die digitale Zukunft der Verwaltung, basierend auf den Dresdner Forderungen zur OZG-Umsetzung.



Im Jahr 2021 begann eine bedeutende Initiative in Dresden, die die digitale Zukunft der Verwaltung nachhaltig prägen soll. Im Rahmen eines Fachkongresses des IT-Planungsrates wurden die sogenannten Dresdner Forderungen ins Leben gerufen. Diese Forderungen sind eine Reaktion auf die Unzufriedenheit vieler Kommunen, die den schleppenden Fortschritt bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) nicht länger hinnehmen wollen. Der Deutsche Städtetag, der die Forderungen formuliert hat, sieht darin eine kraftvolle Vision für die digitale Verwaltung in Deutschland. In diesem Zusammenhang erwähnte das **Dresdner Rathaus**, dass die Anregungen und Wünsche an Bund und Länder gerichtet sind, um mehr Struktur, Unterstützung und Umsetzungswillen zu

schaffen.

Die Kernforderungen wurden von Vertretern mehrerer Städte, darunter Essen, Köln, Leipzig und München, vorgestellt. Ziel ist es, die Komplexität in den Verantwortlichkeiten der Verwaltung zu verringern und die digitale Daseinsvorsorge zu stärken. Auch die technischen Rahmenbedingungen sollen verbessert werden, damit alle Verwaltungsleistungen künftig einfach über digitale Portale bereitgestellt werden können. Das **E-Government Portal** hebt hervor, dass es fünf zentrale Punkte gibt, die es unbedingt zu beachten gilt.

Dresdner Forderungen im Detail

- Verringerung der Komplexität in den Verantwortlichkeiten.
- Stärkung der Digitalen Daseinsvorsorge.
- Zentrale IT-Verfahren und Prozesse für zentrale Aufgaben.
- OZG als Treiber für durchgängige Verwaltungsdigitalisierung nutzen.
- Nutzer und Nutzerinnen in den Mittelpunkt stellen.

Insbesondere die Forderung zur Verringerung der Komplexität zielt darauf ab, neue Wege der Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Ländern und dem Bund zu finden. Die Kommunen sollen sich stärker auf ihre zentrale Aufgabe der digitalen Daseinsvorsorge konzentrieren können, ohne zusätzlich durch die OZG-Umsetzung belastet zu werden. Der Fokus auf zentrale Prozesse ist entscheidend, um den Verwaltungsablauf zu straffen und den Bürger:innen das Leben zu erleichtern.

Doch wie sieht es konkret mit der Umsetzung aus? Das **Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)** betont, dass die Grundlage dafür das Onlinezugangsgesetz von 2017 sowie die geplanten Änderungen 2024 sind. Das Ziel ist eine moderne Verwaltung, die sich ganz auf die Bedürfnisse der Nutzer:innen ausrichtet. Behörden sind

künftig verpflichtet, Verwaltungsleistungen elektronisch anzubieten, was zu einer schnelleren und nutzerfreundlicheren Verwaltung führt.

Ein wichtiger Aspekt sind die angelegten Nutzerkonten, die eine einheitliche Identifizierung und Authentifizierung ermöglichen. Einmal eingegebene Daten können mehrmals verwendet werden, was den Aufwand für die Bürger:innen erheblich reduziert. Gleichzeitig sorgt ein hohes IT-Sicherheitsniveau dafür, dass die digitalen Interaktionen sicher bleiben, wie in den neuesten Technischen Richtlinien des BSI festgelegt.

Fazit: Die Dresdner Forderungen sind ein klarer Aufruf zur Handlung. Nur durch gemeinsame Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen kann eine digitale Verwaltung geschaffen werden, die den modernen Anforderungen gerecht wird. Es bleibt zu hoffen, dass die eingesetzten Maßnahmen und die geplanten Veränderungen der digitalen Landschaft in Deutschland tatsächlich Leben einhauchen!

Details	
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.dresden.de• www.egovernment.de• www.bsi.bund.de

Besuchen Sie uns auf: mein-leipzig.net